

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und für Nummern die Postämter  
auf. — Erscheint wöchentlich.  
Schriftsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Lebensmittelpreise  
beziehen sich auf die Preise in der  
Umgebung des Erzgebirges, aus-  
wärtige Anzeigen 20 Goldpfennige,  
Reklame-Beilagen 25 Goldpfennige,  
amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098.

Nr. 190

Freitag, den 15. August 1924

19. Jahrgang

### Die Londoner Konferenz auf dem Höhepunkt.

Nächtliche Konferenzen in London. — Ministerrat in Berlin. — Die französischen Forderungen unannehmbar.

#### Das Nein der deutschen Delegation.

Die Londoner Konferenz ist in das entscheidende Stadium getreten. Die Frage der militärischen Räumung hat alle anderen Probleme weit in den Hintergrund gedrängt. Es geht aufiegen oder Brechen. Herriot hat erklärt, seinen Standpunkt nicht aufgeben zu können. Danach soll das Ruhrgebiet erst in einem Jahre von den französischen Truppen verlassen werden. Diese einjährige Frist soll mit dem Tage der Unterzeichnung des Dawesabkommens zu laufen beginnen. Während des gestrigen Vormittags haben Macdonald und Kellogg der deutschen Delegation nahegelegt, den französischen Vorschlag anzunehmen. Die deutschen Vertreter haben das abgelehnt. Das Reichskabinett, das von London aus sofort über den kritischen Stand der Dinge unterrichtet wurde, hat sich gestern früh unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert in demselben Sinne geäußert. Ein Blick in die deutsche Presse genügt, um zu erkennen, daß die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands, ohne Unterschied der Parteien, der gleichen Ansicht ist. Gibt Herriot also nicht nach, dann wird der deutschen Delegation nichts anderes übrig bleiben, als die Londoner Verhandlungen abzubrechen und nach Berlin zurückzukehren. Die Räumung des Ruhrgebietes und der übrigen Sanktionsgebiete ist das A und das O der deutschen Forderungen. Es ist unser gutes Recht zu verlangen, daß die militärische Räumung mit der wirtschaftlichen einhergeht. Es ist schon ein äußerstes Zugeständnis, wenn die deutsche Delegation darüber hinaus noch eine kurze Frist für die Durchführung der Räumung bewilligt. Aber es muß unter allen Umständen ein fester Anfangs- und Endtermin für die Räumung festgesetzt werden, und in der Ueberwachung müssen die Besatzungsmethoden von Grund auf geändert werden. Die ständigen Uebergriffe der französischen Militärbehörden, die Beschlagnahme von Wohnräumen, die militärischen Verhaftungen und Verurteilungen und all die anderen Drangsalierungen der nequiten Ruhrbesetzung müssen sofort aufhören. Es ist keine Regierung in Deutschland möglich, ja es ist keine Partei in Deutschland vorhanden, die bereit wäre, von diesem Mindestmaß deutscher Forderungen abzugeben.

Stresemann weist Macdonald auf den Ernst der Lage hin.

London, 14. August.

Die Lage in London ist heute noch ernster als gestern. Macdonald hatte eine lange Aussprache mit Herriot, die indessen nur dazu führte, daß sich der französische Ministerpräsident noch bestimmter auf die einjährige Räumungsfrist festlegte. Nach Mitternacht ließ dann Macdonald Dr. Stresemann zu sich bitten. Die Unterredung dauerte anderthalb Stunden, verlief aber sehr negativ. Um für weitere Ausgleichsmöglichkeiten Zeit zu gewinnen, wurden alle für Donnerstag angelegten Sitzungen abgesagt. Die Konferenz des Rates der Vereinten Nationen am 17. und 18. August, die in den frühen Morgenstunden zwischen Macdonald und Dr. Stresemann stattfand, machte der englische Premierminister Dr. Stresemann auf den Ernst der Lage aufmerksam, die für die deutsche Delegation und den Erfolg der ganzen Londoner Konferenz durch die unachgiebige Haltung Herriots entstanden sei. Stresemann hat nochmals die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die deutsche Delegation auf einer militärischen Räumung in angemessener und darum weit kürzerer Frist bestehen müsse. Abzusehen davon, daß die Besetzung unrechtmässig sei, stelle die Durchführung des Dawesplanes für Deutschland das Lösegeld dar, das es für die Befreiung der Sanktionsgebiete zahlen müsse. Die unmittelbare Wirkung der Annahme der Dawesgesetze müsse deshalb die Räumung des Ruhrgebietes sein. Eine einjährige Frist stelle die Unterbringung der Anleihe in Frage, mache Privatrechte für Deutschland unmöglich, verhindere die Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse und bringe außerdem die Gefahr späterer Konflikte mit sich, denn es sei zu beobachten gewesen, daß die Generale im besetzten Gebiet häufig eigene Politik betreiben. Außerdem sei für die deutsche Delegation das selbe wie für Herriot: sie werde mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und die Anwendung des Dawesplans würde ernstlich in Frage gestellt sein, wenn Deutschland zu all den schweren Opfern auch noch eine einjährige Lockout der Besetzung tragen müsse.

#### Macdonald und Kellogg für Herriots Vorschlag.

Wiederintraffierung der 25prozentigen Reparationsabgabe.

Ein Vermittlungsvorschlag Bogans?

London, 14. Aug. Um 11 Uhr schlugen Macdonald und Kellogg der deutschen Delegation vor, den französischen Räumungsplan anzunehmen. Um 12 Uhr erklärte Herriot, er könne Erklärungen über die Einzelheiten der Räumung nicht abgeben; das Räumungsjahr beginne mit Unterzeichnung des Abkommens zu laufen. Die für heute angedachten Handelsvertragverhandlungen wurden von der deutschen Delegation abgesagt. Die Neutermedung über ein Ultimatum ist unrichtig.

London, 14. Aug. Die heutige Sitzung mit den deutschen Delegierten war sehr kurz. Die Deutschen besaßen sich darauf ins Vis-Hotel zur Beratung und kehrten dann wieder nach Downingstreet zurück. In alliierten Kreisen verlautet, daß alle Alliierten sich in der heutigen Morgenstunde wegen der militärischen Räumung mehr oder weniger auf Herriots Seite gestellt und den einjährigen Räumungsplan als fair bezeichnet hätten. Die Franzosen sprechen von einem großen Erfolg.

An unterrichteter englischer Stelle wird bekanntgegeben, daß die 25prozentige Reparationsabgabe mit Beginn der Uebergangsperiode wieder in Kraft gesetzt würde. Die Abgabe war vor einigen Monaten auf fünf Prozent erniedrigt worden.

Ein Vermittlungsvorschlag Bogans bildet heute nachmittag das Gesprächsthema. Um 3 Uhr ist eine neue Besprechung anberaumt; falls diese zu einem Resultat führen sollte, ist für 5 Uhr eine allgemeine Sitzung vorgesehen.

Paris, 14. Aug. Die „Information“ meldet aus London: Es verlautet, es sei möglich und wahrscheinlich, daß das Element, auf dem sich ein Kompromiß aufbauen könnte, die Räumung des nördlichen Westrheins von Haguenau im Verlaufe von wenigen Tagen sei. Dieser Bezirk ist noch von einigen Militärposten besetzt, die die Posten bewachen. Soweit in wenigen Tagen die Postenzone falle, scheint es nicht notwendig zu sein, daß diese kleinen Militärposten im Hagener Gebiet auch weiterhin auf Posten stehen, um Zollner, die gar nicht da sind, zu schützen.

#### Volle Uebereinstimmung zwischen Berliner Kabinett und der deutschen Delegation.

Beschluß des Ministerrats.

Berlin, 14. Aug. Heute morgen 7 1/2 Uhr fand in der Reichskanzlei ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Erörterung stand die durch die gestrigen Verhandlungen zwischen der deutschen, der französischen und der belgischen Delegation über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage. Der Ministerrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation in vollem Umfange einverstanden.

Wie wir hierzu noch erfahren, war der Ministerrat einmütig der Auffassung, daß die von französischer Seite in Vorschlag gebrachte einjährige Räumungsfrist für Deutschland nicht annehmbar ist. Die deutsche Regierung muß an ihrer Forderung, daß die Ruhr als bald geräumt werde, festhalten. Eine umgehende Festlegung des Endtermins muß erfolgen. Dergleichen müssen die Besatzungsmethoden auch für die Uebergangszeit grundlegend geändert werden.

Berlin, 14. Aug. Die Morgenblätter besprechen die erste Wendung, die die Londoner Verhandlungen in der Räumungsfrage genommen haben, und weisen darauf hin, daß die zum Sachverständigengutachten gehörigen Gesetze im Reichstagsanwaltschaftsamt eine Zweidrittelmehrheit finden werden, wenn das Londoner Schlußprotokoll nicht unter der Voraussetzung unterzeichnet würde, daß die Ruhr räumung sofort erfolge.

London, 14. Aug. Die englische Presse betrachtet die Lage der Konferenz als sehr ernst und bedenklich. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Unterhandlungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland, die den ganzen gestrigen Tag andauerten, haben eine absolute Störung hervorgerufen.

Das Schicksal der Konferenz ist in Gefahr. Ebenso weist man auf die Schwierigkeiten der Stellung der deutschen Regierung hin. Der Berliner „Ti-

mes“-Korrespondent spricht von Verbosität in Deutschland und meint, daß jegliches Nachgeben der deutschen Delegation in London von der Oppositionspartei als Kapitulation bezeichnet werden würde. Alle bisher erzielten Buerkündnisse seien nur unter Protest aufgenommen worden.

London, 14. Aug. Wie der Sonderberichterstatter des B.D. über die heutigen Verhandlungen weiter erzählt, erklärten Macdonald und Kellogg der deutschen Delegation man habe sich überzeugt, daß Herriot bei dem Stande der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht weitergehen könne, als er getan habe, und daß er an der einjährigen Maximalfrist festhalten müsse. Macdonald und Kellogg traten dafür ein, daß der Erfolg der Konferenz nicht an der Frage des Datums der Räumung scheitern dürfe. Die französischen und belgischen Delegierten beantworteten die deutsche Frage hinsichtlich des Datums des Räumungsjahres dahin, daß das Jahr am Tage der Parafierung des Räumungsabkommens beginne. Von französischer Seite wurde betont, daß, da das Gutachten voraussichtlich erst am 15. Oktober in Kraft trete, die Räumungsfrist also dann im Höchstfalle nur 10 Monate betrage. Als selbstverständlich wurde bezeichnet, daß alle sogenannten Flachsbälle und sonstigen Gebietsstreifen, die von den Franzosen zur Sicherung ihrer Eisenbahntransporte besetzt worden sind, unverzüglich geräumt werden würden. Es handelt sich dabei um Mannheim, Karlsruhe, Offenburg usw. Auch wurde zugesagt, daß die französischen und belgischen Eisenbahner restlos zurückgezogen werden würden, jedoch sollen Contingenten im Falle der Gefährdung der Lebensmittellieferung der Besatzungstruppen einmarschieren dürfen. Nicht nur in deutschen Konkretenkreisen ist die Ueberraschung über den völligen Umschwung in der französischen Auffassung allgemein. In englischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, die Deutschen beachteten nicht genügend die Vorteile des Ueberletens Herriots, der scheinlich erklärte, daß 12 Monate ein Maximum seien, sodas ein noch früheres Räumungsdatum eher wahrscheinlich wäre, wenn erst durch den glücklichen Abschluß der Londoner Konferenz eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen sei. Von deutscher Seite wurde demgegenüber betont, daß es nicht sicher sei, ob Herriot, an dessen persönlichen guten Willen niemand zweifle, in einem Jahre nach am Ruber sein werde. Die Lage erscheint unverändert ernst.

#### Die Errichtung der Reichsbahngesellschaft.

Nach einer in Berlin eingegangenen Meldung aus London sind die Arbeiten des zweiten Ausschusses, soweit sie die Deutsche Reichsbahn betreffen, abgeschlossen und von der deutschen Abordnung gutgeheißen worden. 25 Tage nach Annahme der Beschlüsse der Reichstag wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gebildet werden. Während der folgenden 14 Tage werden die rhenisch-westfälischen Eisenbahnen auf gemeinsame Rechnung der Regie und der deutschen Gesellschaft betrieben, 5 bis 6 Wochen später soll die Regie aufgehoben werden. Herriot soll erklärt haben, es sei bezüglich der Eisenbahnen eine Lösung gefunden, die die Souveränität Deutschlands sicherstelle, andererseits aber auch die Sicherheit der Besatzungsbehörde nicht gefährde. In Kreisen der deutschen Abordnung ist man der Auffassung, daß die Souveränität Deutschlands nur dadurch wiederhergestellt werden könne, daß die Regie vollkommen verschwinde. Die Frage, ob im besetzten Gebiet noch fünf bis sechstausend französische und belgische Eisenbahner gelassen werden sollen, ist noch nicht entschieden. Die deutsche Abordnung steht nach wie vor auf dem unverschieblichen Standpunkt, daß diese Forderung der Franzosen unerfüllbar ist und daß die deutsche Regierung ihr nicht nachkommen kann.

#### Politische Rundschau.

Der „Kämpfer“ verboten.

Der Redaktion des kommunistischen „Kämpfers“ ist am Donnerstag nachmittag vom Chemnitzer Volksprelatrium folgende Mitteilung gemacht worden:  
Infolge Verfügung des Ministeriums des Innern vom 13. August 1924 sind „Kämpfer“ und „Volksblatt“ bis 5. September 1924 auf Grund von § 21, 81, 1 des Reichsverfassungsgesetzes und § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung vom 17. Juni 1924 verboten worden.

Der sächsische Bundeskulturrat hat die Schlußrolle.

Nachdem die Frage des Schlußrolles in Gang gekommen ist, nimmt der sächsische Bundeskulturrat zur Lage in folgender Weise Stellung: „Immer wieder muß hervorgehoben werden, daß es sich nur um die Wiederherstellung des früheren Zustandes handelt; keineswegs etwa um neue Rollen. Eine andere Frage ist es, ob